

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. April 2024 – Drucksache 17/6700

Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP-Änderungsabkommen)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem mit der Mitteilung der Landesregierung vom 30. April 2024 – Drucksache 17/6700 – vorgelegten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP-Änderungsabkommen) zuzustimmen.

8.5.2024

Der Berichterstatter:

Nikolai Reith

Der Vorsitzende:

Florian Wahl

Bericht

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration beriet die Mitteilung Drucksache 17/6700 in seiner 36. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 8. Mai 2024.

Der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration brachte vor, mit Blick auf die Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen wolle er lediglich anmerken, die Landesregierung passe sich der rechtlich normierten Wirklichkeit an.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP fragte, ob sich betroffene Verbände zu den nachvollziehbaren Änderungen geäußert hätten.

Der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration antwortete, Verbände seien von den Änderungen nicht berührt gewesen.

Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

14.5.2024

Reith